

Vorschau auf die Landratssitzung vom 19. Mai 2022

Am 19. Mai berät der Landrat unter anderem ein Strassenbauprojekt entlang des Rheins, einen Kostenbeitrag an das Ausbildungszentrum für Gesundheitsberufe sowie den Energieplanungsbericht. Zudem steht auch die Aufarbeitung der sog. «Spielgeld-Affäre» von 2020 an.

Die Rheinstrasse und Rheinfelderstrasse in den Gemeinden Pratteln und Muttenz sind kantonale Hauptverkehrsstrassen und führen durch das Gewerbe- und Industriegebiet Schweizerhalle und den Hardwald. Einerseits besteht ein hoher Sanierungsbedarf, andererseits müssen umweltschutzrechtliche Anforderungen erfüllt werden. Mit der Vorlage **«Erneuerung und Umgestaltung Rheinfelder-/ Rheinstrasse Muttenz / Pratteln, Ausgabenbewilligung Projektierung»** wird eine Ausgabenbewilligung von CHF 3,24 Mio. für die Erarbeitung des Vor- und Bauprojekts und ein Variantenstudium für eine spätere Verlegung der Rheinfelderstrasse ausserhalb der Grundwasserschutzzone beantragt. – *Die vorberatende Bau- und Planungskommission kürzte den Kredit um CHF 250'000, weil das Variantenstudium für die Strassenverlegung als nicht notwendig erachtet wurde. Sie beantragt dem Landrat mit 10:0 Stimmen bei 1 Enthaltung Zustimmung zum Landratsbeschluss. (Traktandum 3; zum [Geschäft](#))*

Die Berufsfachschule Gesundheit, das Bildungszentrum Gesundheit und das Zentrum für überbetriebliche Kurse (ÜK) des regionalen Branchenverbands der Gesundheitsberufe (**OdA Gesundheit beider Basel**) sind im **«Spengler Park» in Münchenstein** eingemietet. Die OdA Gesundheit führt dort die ÜK aller Gesundheitsberufe sowie die Qualifikationsverfahren der medizinischen Praxisassistenten/innen durch. Im Zuge der Gesamtsanierung und Gebäudeerweiterung auf dem Spenglerareal sollen die bisher auf dem Areal verteilten Bildungseinrichtungen einen «Campus Bildung Gesundheit» unter einem Dach bilden. Gemäss Bildungsgesetz kann der Kanton Beiträge an die Kosten für Erstellung und Einrichtung von Kurszentren leisten. Mit dieser Vorlage beantragt der Regierungsrat dem Landrat eine **Ausgabenbewilligung** für den kantonalen Beitrag an den **Mieterausbau und den Einrichtungsbeitrag** an das **neue Ausbildungszentrum** der OdA Gesundheit von insgesamt CHF 1'147'600.–. – *Die vorberatende Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beantragt dem Landrat einstimmig Zustimmung zur Ausgabenbewilligung. (Traktandum 4; zum [Geschäft](#))*

Mit dem **Energieplanungsbericht 2022** erstattet der Regierungsrat dem Landrat Bericht über die im Rahmen der Energieplanung erfolgten Massnahmen und deren Wirksamkeit sowie über erforderliche Anpassungen an der kantonalen Energieplanung. Im Rahmen seiner Berichterstattung legt der Regierungsrat fest, welche Schwerpunkte und neuen Massnahmen er energiepolitisch als vordringlich erachtet. Gewisse Massnahmen liegen in seiner Kompetenz. Zu den übrigen Massnahmen, die in die Kompetenz des Landrats fallen, bringt der Regierungsrat konkrete Vorschläge in die Vernehmlassung und anschliessend mit einer bereinigten Vorlage in den Landrat. Des Weiteren werden im Rahmen des Energieplanungsberichts fünf energiepolitische Vorstösse beantwortet und zur Abschreibung empfohlen. – *Die Vorlage war in der vorberatenden Umweltschutz- und Energiekommission teilweise bestritten. Sie beantragt dem Landrat mit 10:2 Stimmen bei einer Enthaltung, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Allerdings sollen drei der fünf zur Abschreibung beantragten Vorstösse stehen gelassen werden. (Traktandum 5; zum [Geschäft](#))*

Im Mai 2020 berichtete die «Basler Zeitung» über die sogenannte **«Spielgeld-Affäre»** und veröffentlichte ein Bild, das einen Polizeibeamten von hinten beim Fotografieren eines Jungen zeigt. Die grosse mediale Aufmerksamkeit resultierte auch in verschiedenen Vorstössen im Landrat. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) unternahm **Abklärungen zum Vorgehen der Polizei und der Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit**. Die GPK kommt nach Prüfung aller vorliegenden Fakten und Berichte zum Schluss, dass der Polizeieinsatz angemessen und rechtmässig war, handelt es sich doch beim Inumlaufsetzen von Falschgeld um ein Officialdelikt. In Bezug auf die Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit waren die Informationsmöglichkeiten aufgrund des Amtsgeheimnisses (laufendes Verfahren) beschränkt. Dennoch sieht die Kommission Verbesserungsmöglichkeiten und schlägt dem Landrat entsprechende Empfehlungen zuhanden des Regierungsrats vor. – *Die GPK beantragt dem Landrat einstimmig mit 13:0 Stimmen Zustimmung zum Landratsbeschluss. (Traktandum 9; zum [Geschäft](#))*

An der Sitzung sind weitere Vorlagen und zahlreiche Vorstösse zu verschiedenen Themenbereichen traktandiert. Diese Geschäfte sind über Links in der [Traktandenliste](#) abrufbar.